

II- 493 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 29. Februar 1972

Stubenting 1
Telephon: 57 56 55

Zl. 50.004/7-40/72

181/A.B.
zu 267/J.
Präs. am 8. März 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Meissl und Genossen
an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Um-
weltschutz betreffend die Luftverschmutzung im Raum
von Graz.

(Zl. 267/J-NR/1972)

In der vorliegenden Anfrage werden an mich fol-
gende Fragen gerichtet:

1. Welche Maßnahmen werden Sie angesichts der be-
sorgniserregenden Luftverschmutzung im Raum von
Graz ergreifen?
2. Bis wann kann damit gerechnet werden, daß die Luft-
verunreinigung in diesem Gebiet wieder auf ein er-
trägliches Maß reduziert wird?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

zu 1:

Das Problem der Luftverschmutzung in den industri-
ellen Ballungsgebieten ist, wie allgemein bekannt, über-
aus komplex. Die Problematik ist im Grunde genommen für
die meisten Großstädte gleich. Zu ihrer Erfassung ist
es daher notwendig, zunächst durch entsprechende Messun-
gen ein genaues Bild der Situation zu erlangen. Seitens

-2-

der obersten Gesundheitsbehörde wurde dazu durch die mehrmalige Entsendung eines Expertenteams der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien samt dem anstaltseigenen Meßwagen entsprechende Hilfestellung in personeller und gerätemäßiger Hinsicht gegeben. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ergab sich auch die Möglichkeit einer Abstimmung hinsichtlich der verschiedenen Meß- und Analysenmethoden, um bundeseinheitlich vergleichbare Meßergebnisse, ausgerichtet nach internationalen Maßstäben, zu erzielen. Ich bin bestrebt, im Laufe dieses Jahres durch die Überlassung von Meßgeräten, welche aus Bundesmitteln angeschafft werden, zur langfristigen, leihweisen Benützung die Bemühungen der örtlichen Stellen weiter zu unterstützen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Luftverschmutzung im Raume Graz werden einerseits an die einzelnen Sachmaterien anzuknüpfen und zu versuchen haben, die umweltschädlichen Faktoren zu mindern, welche im Bereiche dieser Sachmaterien auftreten, andererseits von den gesellschaftlich zu schützenden Gütern selbst auszugehen haben. Hinsichtlich dieser Problematik darf ich auf die diesbezüglichen näheren Ausführungen im Bericht des Bundeskanzlers zur Entschließung des Nationalrates vom 18. Dezember 1970 betreffend ein Gutachten über die Kompetenzen der Angelegenheiten des Umweltschutzes (III - 17 der Beilagen) hinweisen.

Im Rahmen des meinem Bundesministerium auf dem Gebiete des Umweltschutzes zukommenden gesetzlichen Wirkungskreises werde ich das möglichste unternehmen, um die zur Ab-

-3-

wendung von Gesundheitsgefährdungen bereits eingeleiteten sowie weiter geboten erscheinenden Maßnahmen zu fördern und zu koordinieren.

zu 2:

Hiezu darf vorerst darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der Bezeichnung "erträgliches Maß" nicht um einen objektiv faßbaren Begriff handelt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Maßnahmen zur Herabsetzung von Emissionen nur im Rahmen eines umfassenden längerfristigen Programms durchgeführt werden können, mit kostspieligen Aufwendungen und Investitionen verbunden sind und eine auf exakten Messungen beruhende Planung erfordern. Wie bereits in Beantwortung der ersten Frage dargelegt, fördert das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz diese Messungen und trägt damit dazu bei, die Grundlagen für die Schaffung dieses Programms zu erstellen. Die in der Folge notwendigen Einzelentscheidungen müssen aber im besonderen von den örtlichen Behörden getroffen werden.

Der Bundesminister:

